

1961	Ausgegeben zu Bonn am 23. Juni 1961	Nr. 43
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
19. 6. 61	Gesetz zur Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte und des Gerichtskostengesetzes <i>Ändert Bundesgesetzbl. III 360-1 und 368-1.</i>	769
19. 6. 61	Gesetz zur Änderung des Beförderungsteuergesetzes	771
19. 6. 61	Gesetz über Preise für Getreide inländischer Erzeugung sowie über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft (Getreidepreisgesetz 1961/62)	772
21. 6. 61	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Steuervergünstigungen zur Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen	783

Gesetz zur Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte und des Gerichtskostengesetzes¹⁾

Vom 19. Juni 1961

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte²⁾

Die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 861, 907) wird wie folgt geändert:

1. § 97 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Ist der Rechtsanwalt gerichtlich bestellt worden, so erhält er das Eineinhalbfache der in den §§ 83 bis 86, 90 bis 92, 94 und 95 bestimmten Mindestbeträge aus der Staatskasse. War er auch vor Eröffnung des Hauptverfahrens als Verteidiger tätig, so erhält er, unabhängig vom Zeitpunkt seiner Bestellung, zusätzlich eine weitere Gebühr in Höhe des Eineinhalbfachen der Mindestbeträge des § 84.“

2. § 101 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Die Anrechnung oder Rückzahlung unterbleibt, soweit der Rechtsanwalt durch diese insgesamt weniger als das Doppelte der in den §§ 83 bis 86, 90 bis 92, 94 und 95 bestimmten Mindestbeträge und der ihm nach § 99 zustehenden Gebühr erhalten würde.“

3. § 107 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Ist der Rechtsanwalt dem Verfolgten vom Gericht beigeordnet worden (§ 32 Abs. 2 des Deutschen Auslieferungsgesetzes), so erhält er

aus der Staatskasse für jeden Verhandlungstag eine Gebühr von 150 Deutsche Mark und, wenn keine mündliche Verhandlung stattfindet, eine Gebühr von 75 Deutsche Mark.“

4. § 112 Abs. 4 wird wie folgt gefaßt:

„(4) Ist der Rechtsanwalt vom Gericht beigeordnet worden, so erhält er das Eineinhalbfache der in den Absätzen 1, 2 und 3 bestimmten Mindestgebühren aus der Staatskasse; § 97 Abs. 2, §§ 98 bis 101, 103 gelten sinngemäß.“

5. § 123 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) An die Stelle der vollen Gebühr (§ 11 Abs. 1 Satz 1) treten bei einem Gegenstandswert

von mehr als 500 bis 600 DM	34 DM
von mehr als 600 bis 700 DM	38 DM
von mehr als 700 bis 800 DM	42 DM
von mehr als 800 bis 900 DM	46 DM
von mehr als 900 bis 1 000 DM	50 DM
von mehr als 1 000 bis 1 100 DM	52 DM
von mehr als 1 100 bis 1 200 DM	54 DM
von mehr als 1 200 bis 1 300 DM	56 DM
von mehr als 1 300 bis 1 400 DM	58 DM
von mehr als 1 400 bis 1 500 DM	60 DM
von mehr als 1 500 bis 1 600 DM	62 DM
von mehr als 1 600 bis 1 700 DM	64 DM
von mehr als 1 700 bis 1 800 DM	66 DM
von mehr als 1 800 bis 1 900 DM	68 DM
von mehr als 1 900 bis 2 000 DM	70 DM
von mehr als 2 000 bis 2 200 DM	73 DM
von mehr als 2 200 bis 2 400 DM	76 DM

¹⁾ Ändert Bundesgesetzbl. III 360-1 und 368-1

²⁾ Bundesgesetzbl. III 368-1

von mehr als 2 400 bis 2 600 DM	79 DM
von mehr als 2 600 bis 2 800 DM	82 DM
von mehr als 2 800 bis 3 000 DM	85 DM
von mehr als 3 000 bis 3 200 DM	88 DM
von mehr als 3 200 bis 3 400 DM	91 DM
von mehr als 3 400 bis 3 600 DM	94 DM
von mehr als 3 600 bis 3 800 DM	97 DM
von mehr als 3 800 bis 4 000 DM	100 DM
von mehr als 4 000 bis 4 400 DM	105 DM
von mehr als 4 400 bis 4 800 DM	110 DM
von mehr als 4 800 bis 5 200 DM	115 DM
von mehr als 5 200 bis 5 600 DM	120 DM
von mehr als 5 600 bis 6 000 DM	125 DM
von mehr als 6 000 DM	130 DM."

6. § 123 Abs. 4 tritt außer Kraft.

§ 2

Änderung des Gerichtskostengesetzes³⁾

§ 40 Abs. 3 Satz 4 des Gerichtskostengesetzes vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 861, 941) wird wie folgt gefaßt:

„Wird das Verfahren fortgesetzt, so wird neben der Gebühr nach Absatz 1 Nr. 5 die Auskunftsg Gebühr nicht erhoben.“

§ 3

Übergangsvorschrift

In einem Rechtszug, der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begonnen hat, sind die Gebühren des Rechtsanwalts nach neuem Recht zu berechnen, soweit der Rechtszug nicht vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beendet war. Dabei gilt der Rechtszug auch als beendet, wenn eine Entscheidung, welche die gerichtliche Instanz abschließt, verkündet oder, falls eine Verkündung nicht stattgefunden hat, zugestellt oder sonst erlassen worden ist.

§ 4

Geltung in Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des § 2 am 1. Juli 1961 in Kraft. § 2 tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1957 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 19. Juni 1961

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

³⁾ Bundesgesetzbl. III 350-1

Gesetz zur Änderung des Beförderungsteuergesetzes

Vom 19. Juni 1961

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Beförderungsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juni 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 366), des Gesetzes zur Änderung des Beförderungsteuergesetzes vom 30. Juni 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 421), des Gesetzes zur Änderung des Beförderungsteuergesetzes vom 30. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 398) und des § 88 des Gesetzes über die Einführung des deutschen Rechts auf dem Gebiete der Steuern, Zölle und Finanzmonopole im Saarland vom 30. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 339) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 erhält Nummer 1 folgende Fassung:

„1. von Personen und Gütern

- a) auf Schienenbahnen,
- b) mit Kraftfahrzeugen (und Kraftfahrzeuganhängern).

Dies gilt nicht für die Beförderung von Personen mit Personenkraftwagen sowie für die Beförderung von Gütern in der Nahzone im Sinne des Güterkraftverkehrsgesetzes;“

2. In § 3 Abs. 1 erhält Nummer 1 folgende Fassung:

„1. Beförderungen

- a) im Personenverkehr auf Streckenzeitkarten,

- b) im Militärpersonen- und Militärgepäckverkehr zu ermäßigten Preisen,
- c) im Arbeitnehmer- und Schülerverkehr zu ermäßigten Preisen;“

3. In § 10 Abs. 5 erhält Nummer 2 folgende Fassung:

„2. auf 4 vom Hundert des Beförderungspreises für Personenbeförderungen

- a) im zugelassenen Verkehr mit Kraftomnibussen und im zugelassenen Verkehr mit Lastkraftwagen, wenn ausschließlich Arbeitnehmer zwischen Wohnung und Arbeitsstätte oder zwischen Arbeitsstätten befördert werden, soweit diese Beförderungen nicht von der Steuer befreit sind,
- b) mit Landkraftposten sowie
- c) in Schlafwagen. Dies gilt jedoch nur für die besondere Gebühr für die Benutzung von Schlafwagen (Bettkartenpreis).“

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Artikel 1 Nr. 3 tritt, soweit die Besteuerung der Gebühr für die Benutzung von Schlafwagen geregelt wird, mit Wirkung vom 1. Juni 1955 in Kraft. Im übrigen tritt das Gesetz mit dem Beginn des auf seine Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 19. Juni 1961

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen
Etzel

Der Bundesminister für Verkehr
Seeböhm

**Gesetz über Preise für Getreide inländischer Erzeugung
sowie über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft
(Getreidepreisgesetz 1961/62)**

Vom 19. Juni 1961

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende
Gesetz beschlossen:

§ 1

Preise für Brotgetreide

(1) Für Brotgetreide (Roggen, Weizen) inländischer Erzeugung der
Ernte 1961 werden für die Monate Juli 1961 bis Juli 1962 die nach-
stehenden Erzeugerpreise in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto
ausschließlich Sack festgesetzt:

I. Roggen

Preisgebiet		R I	R II	R III	R IV
1961	Juli	371,00—391,00	375,00—395,00	377,00—397,00	379,00—399,00
	August	371,00—391,00	375,00—395,00	377,00—397,00	379,00—399,00
	September	375,50—394,00	379,50—398,00	381,50—400,00	383,50—402,00
	Oktober	380,00—400,00	384,00—404,00	386,00—406,00	388,00—408,00
	November	384,50—403,00	388,50—407,00	390,50—409,00	392,50—411,00
	Dezember	389,00—406,00	393,00—410,00	395,00—412,00	397,00—414,00
1962	Januar	393,50—410,00	397,50—414,00	399,50—416,00	401,50—418,00
	Februar	398,00—412,00	402,00—416,00	404,00—418,00	406,00—420,00
	März	402,50—415,00	406,50—419,00	408,50—421,00	410,50—423,00
	April	407,00—420,00	411,00—424,00	413,00—426,00	415,00—428,00
	Mai	411,50—425,00	415,50—429,00	417,50—431,00	419,50—433,00
	Juni	416,00—425,00	420,00—429,00	422,00—431,00	424,00—433,00
	Juli	416,00—425,00	420,00—429,00	422,00—431,00	424,00—433,00

II. Weizen

Preisgebiete		W I	W II	W III	W IV
1961	Juli	411,00—431,00	415,00—435,00	417,00—437,00	419,00—439,00
	August	411,00—431,00	415,00—435,00	417,00—437,00	419,00—439,00
	September	415,50—434,00	419,50—438,00	421,50—440,00	423,50—442,00
	Oktober	420,00—440,00	424,00—444,00	426,00—446,00	428,00—448,00
	November	424,50—443,00	428,50—447,00	430,50—449,00	432,50—451,00
	Dezember	429,00—446,00	433,00—450,00	435,00—452,00	437,00—454,00
1962	Januar	433,50—450,00	437,50—454,00	439,50—456,00	441,50—458,00
	Februar	438,00—452,00	442,00—456,00	444,00—458,00	446,00—460,00
	März	442,50—455,00	446,50—459,00	448,50—461,00	450,50—463,00
	April	447,00—460,00	451,00—464,00	453,00—466,00	455,00—468,00
	Mai	451,50—465,00	455,50—469,00	457,50—471,00	459,50—473,00
	Juni	456,00—465,00	460,00—469,00	462,00—471,00	464,00—473,00
	Juli	456,00—465,00	460,00—469,00	462,00—471,00	464,00—473,00

(2) Die Mindestpreise des Absatzes 1 dürfen nicht unterschritten, die Höchstpreise nicht überschritten werden. Die Preise sind nach demjenigen Preisgebiet zu errechnen, in dem der Übergabeort oder die Verladestelle liegt. Sie gelten bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle.

(3) Als Weizen im Sinne dieses Gesetzes gilt auch Spelz (Dinkel, Fesen) mit der Maßgabe, daß sich die für Weizen festgesetzten Preise bei gegerbtem Spelz um 10 vom Hundert erhöhen, bei ungegerbtem Spelz um 25 vom Hundert ermäßigen.

(4) Für Menggetreide und Mischfrucht dürfen die Mindestpreise nicht unterschritten und die Höchstpreise nicht überschritten werden, die sich unter Zugrundelegung der Preise des Absatzes 1 nach dem Mischungsverhältnis ergeben.

(5) Die Preisgebieteinteilung ergibt sich aus der Anlage. Sie wird von einer Änderung der Länder oder der staatlichen Verwaltungsbezirke nicht berührt. Zur Vermeidung von Ungleichheiten und Härten, die sich bei der Durchführung ergeben, kann der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Preisgebiete anderweitig festsetzen.

§ 2

Preise für Futter- und Industriegetreide sowie für Braugerste

(1) Für Futter- und Industriegetreide sowie für Braugerste inländischer Erzeugung der Ernte 1961 werden für die Monate Juli 1961 bis Juli 1962 die nachstehenden Erzeugerpreise in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack festgesetzt:

Futtergerste	360,00—400,00
Industriergerste	375,00—400,00
Futterhafer	310,00—365,00
Industriehafer	315,00—375,00
Braugerste	
1961 Juli bis September	420,00—450,00
Oktober	424,50—450,00
November	429,00—450,00
Dezember	433,50—450,00
1962 Januar bis Juli	438,00—450,00

(2) Die Mindestpreise des Absatzes 1 dürfen nicht unterschritten, die Höchstpreise nicht überschritten werden. Die Preise gelten bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle.

(3) Im Sinne dieses Gesetzes ist

1. Industriergerste eine Gerste, die ein Eigen- gewicht von mindestens 65 Kilogramm je

Hektoliter hat und für Zwecke der industriellen Verarbeitung geeignet ist,

2. Braugerste eine Gerste, die insbesondere nach Keimfähigkeit und Eiweißgehalt zur Herstellung von Braumalz geeignet ist,

3. Industriehafer ein Hafer, der ein Eigen- gewicht von mindestens 51 Kilogramm je Hektoliter hat und für Zwecke der industriellen Verarbeitung geeignet ist.

Gerste und Hafer, die den Anforderungen der Nummern 1, 2 oder 3 nicht entsprechen, gelten als Futtergerste oder Futterhafer.

§ 3

Sicherung der Preise für Getreide

(1) Zur Sicherung der Mindestpreise dieses Gesetzes hat die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel (Einfuhr- und Vorratsstelle) in den Monaten Juli 1961 bis Juni 1962 ihr vom Erzeuger angebotenes Getreide, außer Saatgetreide, zum Mindestpreis zu übernehmen, soweit dieser Preis im freien Verkehr nicht erzielt werden kann. Kann dieser Preis in einem Gebiet außerhalb des Erzeugungsgebietes erzielt werden, so kann die Einfuhr- und Vorratsstelle unter Wegfall ihrer Übernahmeverpflichtung einen Beitrag zu den Kosten der Beförderung des Getreides ab Übergabeort oder Verladestelle des Erzeugers und den durch diese Beförderung entstehenden Nebenkosten zahlen, um den Absatz des Getreides zum Mindestpreis zu ermöglichen.

(2) Die Einfuhr- und Vorratsstelle hat Getreide, außer Saatgetreide, an Verarbeiter und Verbraucher zu den in diesem Gesetz festgesetzten Höchstpreisen zuzüglich üblicher Handelsspannen abzugeben, wenn eine Versorgung zu diesem Preis im freien Verkehr nicht möglich ist.

(3) Qualitätszuschläge und Qualitätsabschläge sind bei der Übernahme zu Mindestpreisen und bei der Abgabe zu Höchstpreisen zu berücksichtigen.

(4) Im allgemeinen hat die Einfuhr- und Vorratsstelle die Aufgabe, durch Übernahme oder Abgabe von Getreide inländischer Erzeugung, außer Saatgetreide, durch Vorratshaltung oder Abgabe von Auslandsgetreide und durch sonstige geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die durch dieses Gesetz festgesetzten Preisgrenzen innegehalten werden.

§ 4

Preise für Saatgetreide

(1) Für anerkanntes Saatgut von Getreide darf der Verbraucherpreis in den Monaten Juli 1961 bis Juni 1962 nachstehende Grundpreise und Höchstzuschläge in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack, und zwar bei Übergabe

frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle, nicht übersteigen:

Getreideart	Grundpreis	Höchstzuschlag
Winterroggen (normal)	405	108
Heßdörfer Johannisroggen	405	250
Winterroggen Tetra	405	230
Sommerroggen	405	230
Winterweizen	445	160
Sommerweizen	445	190
Spelz (Dinkel, Fesen)	340	190
Wintergerste, vierzeilig	400	160
Wintergerste, zweizeilig	440	160
Sommergerste	450	160
Weißhafer und Gelbhafer	375	180
Schwarzhafer	375	220

Als anerkanntes Saatgut im Sinne dieses Gesetzes gilt auch mit Erfolg geprüftes Vorstufensaatgut.

(2) Soweit Handelssaatgut oder Behelfssaatgut von Getreide nach dem Saatgutgesetz vom 27. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 450) in Verbindung mit den dazu ergangenen oder noch ergehenden Verordnungen zugelassen wird, darf der Abgabepreis des Herstellers die nachstehenden Grundpreise und Höchstzuschläge in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle, nicht übersteigen:

Getreideart	Grundpreis	Höchstzuschlag
Winterroggen	405	45
Sommerroggen und Heßdörfer Johannisroggen	405	50
Winterweizen	445	45
Sommerweizen	445	50
Wintergerste, vierzeilig	400	55
Wintergerste, zweizeilig	440	55
Sommergerste	450	45
Weißhafer und Gelbhafer	375	50
Schwarzhafer	375	55

(3) Bei Abgabe in Mengen unter 75 Kilogramm dürfen die Zuschläge des Absatzes 1 höchstens um folgende Kleinmengenzuschläge erhöht werden:

bei Abgabe in Mengen bis 24,9 Kilogramm
um 3 Deutsche Pfennig je Kilogramm,

bei Abgabe in Mengen von 25 bis 49,9 Kilogramm
um 1,50 Deutsche Pfennig je Kilogramm,

bei Abgabe in Mengen von 50 bis 74,9 Kilogramm um 0,75 Deutsche Pfennig je Kilogramm.

§ 5

Beschaffenheit des Getreides

(1) Die Preise der §§ 1, 2 und 4 gelten für Getreide von durchschnittlicher Beschaffenheit.

(2) Für Getreide besserer oder geringerer Beschaffenheit können zu diesen Preisen entsprechend der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes des Getreides bis zum Erlaß von Vorschriften nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 Zu- oder Abschläge vereinbart werden.

§ 6

Qualitätsklassen, Zu- und Abschläge

(1) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften erlassen über

1. Merkmale der durchschnittlichen, besseren und geringeren Beschaffenheit des Getreides sowie über Art und Zeitpunkt der Feststellung dieser Merkmale,
2. Höhe der Zu- und Abschläge für Getreide besserer und geringerer Beschaffenheit sowie darüber, daß derartige Zu- und Abschläge vereinbart werden dürfen oder berechnet werden müssen.

Die Zu- und Abschläge nach Nummer 2 dürfen den Wert nicht übersteigen, welcher der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes von Getreide durchschnittlicher Beschaffenheit entspricht.

(2) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die in § 4 Abs. 1 geregelten Höchstzuschläge für anerkanntes Saatgut von Gerste erhöhen, wenn und insoweit die Höchstzuschläge den gemäß Absatz 1 Nr. 2 für Braugerste festgesetzten Zuschlägen nicht mehr entsprechen.

(3) Der Bundesminister bestimmt im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, daß für Weizensorten, deren Mahlerzeugnisse besonders gute Backeigenschaften aufweisen, Qualitätszuschläge von mindestens 0,50 bis höchstens 1,50 Deutsche Mark oder von mindestens 1,50 bis höchstens 3,00 Deutsche Mark je hundert Kilogramm zu den Preisen des § 1 in den Fällen zu zahlen sind, in denen der Anbau und die Abnahme dieser Weizensorten durch Anbau- und Lieferverträge zwischen Erzeuger und Käufer gesichert sind. Als Maßstab für die Festsetzung, ob der Zuschlag mindestens 0,50 bis höchstens 1,50 Deutsche Mark oder mindestens 1,50 bis höchstens 3,00 Deutsche Mark beträgt, dient der Nutzungswert der betreffenden Weizensorten in bezug auf die Backfähigkeit der aus ihnen hergestellten Mahlerzeugnisse.

§ 7

Schlußschein, Anbieterspflicht, Auflagen

(1) Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung kann der Bundesminister

1. durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für jeden Verkauf von Roggen, Weizen oder Gemenge von Roggen und Weizen, von Gerste, Hafer und Futtermenggetreide die Ausstellung eines Schlußscheines durch den Käufer vorschreiben sowie Vorschriften über Form, Inhalt, Auswertung und Verbleib des Schlußscheines erlassen,
2. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates vorschreiben, daß und inwieweit in Verkehr gebrachte Erzeugnisse der in Nummer 1 genannten Art in verarbeitetem oder unverarbeitetem Zustand bestimmten Betrieben oder Stellen zum Kauf anzubieten sind,
3. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung der in Nummer 1 genannten Erzeugnisse durch gewerbliche Unternehmen erlassen. Der Bundesminister kann einzelnen gewerblichen Betrieben durch Verfügung Auflagen für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung der genannten Erzeugnisse erteilen, sofern eine übergeordnete Regelung erforderlich ist; andernfalls können die Auflagen durch die oberste Landesbehörde erteilt werden.

(2) § 18 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900), zuletzt geändert durch das Fünfte Änderungsgesetz vom 23. Februar 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 117), findet Anwendung.

§ 8

Straf- und Bußgeldvorschrift

(1) Eine Zuwiderhandlung, die nach den Vorschriften des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 geahndet wird, begeht, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Entgelte fordert, verspricht, vereinbart, annimmt oder gewährt, welche die Mindest- oder Höchstpreise der §§ 1, 2 oder 4 unter Berücksichtigung der zugelassenen oder vorgeschriebenen Zu- oder Abschläge unterschreiten oder überschreiten oder
2. gegen eine Vorschrift einer auf Grund des § 7 Abs. 1 ergangenen Rechtsverordnung oder gegen eine auf Grund dieser Rechtsverordnung erlassene vollziehbare Verfügung verstößt, soweit die Rechtsverordnung auf diese Straf- und Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund des § 7 Abs. 2 bestehende Auskunftspflicht werden nach § 21 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Getreidegesetzes in Verbindung mit dem Wirtschaftsstrafgesetz 1954 geahndet.

§ 9

Land Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 10

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1961 in Kraft. Es tritt ebenso wie die auf Grund der §§ 1, 6 und 7 erlassenen Rechtsverordnungen am 31. Juli 1962 außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 19. Juni 1961

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Schwarz

Anlage
(zu § 1 Abs. 5)

Roggen- und Weizenpreisgebiete für Inlandsgetreide nach Verwaltungsbezirken

LAND BAYERN

Reg.-Bezirk Oberbayern

Stadtkreise

Bad Reichenhall	R IV	W IV
Freising	R II	W III
Ingolstadt	R II	W III
Landsberg	R IV	W IV
München	R IV	W IV
Rosenheim	R IV	W IV
Traunstein	R IV	W IV

Landkreise

Aichach	R IV	W III
Altötting	R II	W III
Bad Aibling	R IV	W IV
Bad Tölz	R IV	W IV
Berchtesgaden	R IV	W IV
Dachau	R IV	W IV
Ebersberg	R II	W IV
Erding	R II	W III
Freising	R II	W III
Fürstenfeldbruck	R IV	W IV
Garmisch-Partenkirchen	R IV	W IV
Ingolstadt	R II	W III
Landsberg	R IV	W IV
Laufen	R IV	W IV
Miesbach	R IV	W IV
Mühldorf	R II	W III
München	R IV	W IV
Pfaffenhofen a. d. Ilm	R II	W III
Rosenheim	R IV	W IV
Schongau	R IV	W IV
Schrobenhausen	R II	W III
Starnberg	R IV	W IV
Traunstein	R IV	W IV
Wasserburg am Inn	R II	W III
Weilheim	R IV	W IV
Wolfratshausen	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Niederbayern

Stadtkreise

Deggendorf	R I	W III
Landshut	R II	W III
Passau	R I	W III
Straubing	R I	W III

Landkreise

Bogen	R I	W III
Deggendorf	R I	W III
Dingolfing	R II	W III
Eggenfelden	R I	W III
Grafenau	R I	W III
Griesbach	R I	W III
Kelheim	R II	W III

Kötzting	R I	W III
Landau a. d. Isar	R I	W III
Landshut	R II	W III
Mainburg	R II	W III
Mallersdorf	R II	W III
Passau	R I	W III
Pfarrkirchen	R I	W III
Regen	R I	W III
Rottenburg	R II	W III
Straubing	R I	W III
Viechtach	R I	W III
Vilsbiburg	R II	W III
Vilshofen	R I	W III
Wegscheid	R I	W III
Wolfstein	R I	W III

Reg.-Bezirk Oberpfalz

Stadtkreise

Amberg	R I	W IV
Neumarkt/Opf.	R I	W III
Regensburg	R I	W III
Schwandorf/Bayern	R I	W III
Weiden	R I	W IV

Landkreise

Amberg	R I	W IV
Beilgries	R I	W III
Burglengenfeld	R I	W III
Cham	R I	W III
Eschenbach/Opf.	R I	W IV
Kemnath	R I	W IV
Nabburg	R I	W IV
Neumarkt/Opf.	R I	W III
Neunburg vorm Wald	R I	W III
Neustadt a. d. Waldnaab	R I	W IV
Oberviechtach	R I	W IV
Parsberg	R I	W III
Regensburg	R I	W III
Riedenburg	R I	W III
Roding	R I	W III
Sulzbach-Rosenberg	R I	W IV
Tirschenreuth	R I	W IV
Vohenstrauß	R I	W IV
Waldmünchen	R I	W III

Reg.-Bezirk Oberfranken

Stadtkreise

Bamberg	R II	W IV
Bayreuth	R I	W IV
Coburg	R I	W IV
Forchheim	R II	W IV
Hof	R I	W IV
Kulmbach	R I	W IV
Marktredwitz	R I	W IV

Neustadt bei Coburg	RI	W IV
Selb	RI	W IV
Landkreise		
Bamberg	R II	W IV
Bayreuth	RI	W IV
Coburg	RI	W IV
Ebermannstadt	R II	W IV
Forchheim	R II	W IV
Höchstadt a. d. Aisch	R II	W IV
Hof	RI	W IV
Kronach	RI	W IV
Kulmbach	RI	W IV
Lichtenfels	RI	W IV
Münchberg	RI	W IV
Naila	RI	W IV
Pegnitz	RI	W IV
Rehau	RI	W IV
Stadtsteinach	RI	W IV
Staffelstein	RI	W IV
Wunsiedel	RI	W IV

Reg.-Bezirk Mittelfranken

Stadtkreise		
Ansbach	R II	W IV
Eichstätt	RI	W IV
Erlangen	R II	W IV
Fürth	R II	W IV
Nürnberg	R II	W IV
Rothenburg o. d. Tauber	R II	W IV
Schwabach	RI	W IV
Weißenburg/Bayern	RI	W IV

Landkreise		
Ansbach	R II	W IV
Dinkelsbühl	R II	W IV
Eichstätt	RI	W IV
Erlangen	R II	W IV
Feuchtwangen	R II	W IV
Fürth	R II	W IV
Gunzenhausen	R II	W IV
Hersbruck	R II	W IV
Hilpoltstein	RI	W IV
Lauf a. d. Pegnitz	R II	W IV
Neustadt a. d. Aisch	R II	W IV
Nürnberg	R II	W IV
Rothenburg o. d. Tauber	R II	W IV
Scheinfeld	R II	W IV
Schwabach	RI	W IV
Uffenheim	R II	W IV
Weißenburg/Bayern	RI	W IV

Reg.-Bezirk Unterfranken

Stadtkreise		
Aschaffenburg	R II	W IV
Bad Kissingen	RI	W IV
Kitzingen	R II	W IV
Schweinfurt	R II	W IV
Würzburg	R II	W IV

Landkreise		
Alzenau in Unterfranken	R II	W IV
Aschaffenburg	R II	W IV

Bad Kissingen	RI	W IV
Bad Neustadt a. d. Saale	RI	W IV
Brückenau	RI	W IV
Ebern	RI	W IV
Gemünden	R II	W IV
Gerolzhofen	R II	W IV
Hammelburg	R II	W IV
Haßfurt	R II	W IV
Hofheim/Unterfr.	RI	W IV
Karlstadt	R II	W IV
Kitzingen	R II	W IV
Königshofen im Grabfeld	RI	W IV
Lohr	R II	W IV
Marktheidenfeld	R II	W IV
Mellrichstadt	RI	W IV
Miltenberg	R II	W IV
Obernburg	R II	W IV
Ochsenfurth	R II	W IV
Schweinfurt	R II	W IV
Würzburg	R II	W IV

Reg.-Bezirk Schwaben

Stadtkreise		
Augsburg	R IV	W IV
Dillingen a. d. Donau	R IV	W III
Günzburg	R IV	W IV
Kaufbeuren	R IV	W IV
Kempton/Allgäu	R IV	W IV
Memmingen	R IV	W IV
Neuburg a. d. Donau	R IV	W IV
Neu-Ulm	R IV	W IV
Nördlingen	R IV	W IV

Landkreise		
Augsburg	R IV	W IV
Dillingen a. d. Donau	R IV	W III
Donauwörth	R IV	W IV
Friedberg	R IV	W IV
Füssen	R IV	W IV
Günzburg	R IV	W IV
Illertissen	R IV	W IV
Kaufbeuren	R IV	W IV
Kempton/Allgäu	R IV	W IV
Krumbach/Schwaben	R IV	W IV
Lindau	R IV	W IV
Markt Oberdorf	R IV	W IV
Memmingen	R IV	W IV
Mindelheim	R IV	W IV
Neuburg a. d. Donau	R IV	W IV
Neu-Ulm	R IV	W IV
Nördlingen	R IV	W IV
Schwabmünchen	R IV	W IV
Sonthofen	R IV	W III
Wertingen	R IV	W IV

LAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Reg.-Bezirk Nord-Württemberg

Stadtkreise		
Stuttgart	R IV	W IV
Heilbronn	R IV	W IV
Ulm	R IV	W IV

Landkreise			Waldshut	R IV	W IV
Aalen	R IV	W IV	Wolfach	R IV	W IV
Backnang	R IV	W IV	Reg.-Bezirk Süd-Württemberg-		
Böblingen	R IV	W IV	Hohenzollern		
Crailsheim	R IV	W IV	Landkreise		
Eßlingen	R IV	W IV	Balingen	R IV	W IV
Göppingen	R IV	W IV	Biberach	R IV	W IV
Heidenheim	R IV	W IV	Calw	R IV	W IV
Heilbronn	R IV	W IV	Ehingen	R IV	W IV
Künzelsau	R IV	W IV	Freudenstadt	R IV	W IV
Leonberg	R IV	W IV	Hechingen	R IV	W IV
Ludwigsburg	R IV	W IV	Horb	R IV	W IV
Mergentheim	R IV	W IV	Münsingen	R IV	W IV
Nürtingen	R IV	W IV	Ravensburg	R IV	W IV
Ohringen	R IV	W IV	Reutlingen	R IV	W IV
Schwäbisch Gmünd	R IV	W IV	Rottweil	R IV	W IV
Schwäbisch Hall	R IV	W IV	Saulgau	R IV	W IV
Ulm	R IV	W IV	Sigmaringen	R IV	W IV
Vaihingen	R IV	W IV	Tettngang	R IV	W IV
Waiblingen	R IV	W IV	Tübingen	R IV	W IV
			Tuttlingen	R IV	W IV
			Wangen	R IV	W IV
Reg.-Bezirk Nord-Baden					
Stadtkreise			LAND HESSEN		
Karlsruhe	R IV	W IV	Reg.-Bezirk Darmstadt		
Heidelberg	R IV	W IV	Stadtkreise		
Mannheim	R IV	W IV	Darmstadt	R IV	W IV
Pforzheim	R IV	W IV	Gießen	R II	W II
			Offenbach	R IV	W IV
Landkreise			Landkreise		
Bruchsal	R IV	W IV	Alsfeld	R I	W II
Buchen	R IV	W IV	Bergstraße	R IV	W IV
Heidelberg	R IV	W IV	Büdingen	R II	W II
Karlsruhe	R IV	W IV	Darmstadt	R IV	W IV
Mannheim	R IV	W IV	Dieburg	R IV	W IV
Mosbach	R IV	W IV	Erbach	R IV	W IV
Pforzheim	R IV	W IV	Friedberg	R II	W II
Sinsheim	R IV	W IV	Gießen	R II	W II
Tauberbischofsheim	R IV	W IV	Groß-Gerau	R IV	W IV
			Lauterbach	R I	W II
Reg.-Bezirk Süd-Baden			Offenbach	R IV	W IV
Stadtkreise			Reg.-Bezirk Kassel		
Baden-Baden	R IV	W IV	Stadtkreise		
Freiburg	R IV	W IV	Fulda	R I	W II
Konstanz	R IV	W IV	Kassel	R I	W I
			Marburg	R I	W II
Landkreise			Landkreise		
Bühl	R IV	W IV	Eschwege	R I	W I
Donaueschingen	R IV	W IV	Frankenberg	R I	W I
Emmendingen	R IV	W IV	Fritzlar-Homberg	R I	W I
Freiburg	R IV	W IV	Fulda	R I	W II
Kehl	R IV	W IV	Hersfeld	R I	W II
Konstanz	R IV	W IV	Hofgeismar	R I	W I
Lahr	R IV	W IV	Hünfeld	R I	W II
Lörrach	R IV	W IV	Kassel	R I	W I
Müllheim	R IV	W IV	Marburg	R I	W II
Neustadt	R IV	W IV			
Offenburg	R IV	W IV			
Rastatt	R IV	W IV			
Säckingen	R IV	W IV			
Stockach	R IV	W IV			
Überlingen	R IV	W IV			
Villingen	R IV	W IV			

Melsungen	R I	W I
Rotenburg	R I	W I
Waldeck	R I	W I
Witzenhausen	R I	W I
Wolfhagen	R I	W I
Ziegenhain	R I	W II

Reg.-Bezirk Wiesbaden

Stadtkreise		
Frankfurt (Main)	R IV	W IV
Hanau	R IV	W IV
Wiesbaden	R IV	W IV

Landkreise		
Biedenkopf	R II	W II
Dillkreis	R II	W III
Gelnhausen	R II	W IV
Hanau	R IV	W IV
Limburg	R II	W II
Main-Taunus-Kreis	R IV	W IV
Oberlahnkreis	R II	W II
Obertaunuskreis	R IV	W IV
Rheingaukreis	R IV	W IV
Schlüchtern	R II	W IV
Untertaunuskreis	R IV	W IV
Usingen	R II	W II
Wetzlar	R II	W II

LAND RHEINLAND-PFALZ

Reg.-Bezirk Koblenz

Stadtkreis		
Koblenz	R II	W III

Landkreise		
Ahrweiler	R II	W III
Altenkirchen	R IV	W IV
Birkenfeld	R IV	W IV
Cochem	R II	W III
Koblenz	R II	W III
Kreuznach	R IV	W IV
Mayen	R II	W III
Neuwied	R II	W III
St. Goar	R II	W III
Simmern	R II	W III
Zell	R II	W III

Reg.-Bezirk Trier

Stadtkreis		
Trier	R IV	W IV

Landkreise		
Bernkastel	R II	W III
Bitburg	R II	W III
Daun	R II	W III
Prüm	R II	W III
Saarburg	R IV	W IV
Trier	R IV	W IV
Wittlich	R II	W III

Reg.-Bezirk Montabaur

Landkreise		
Oberwesterwaldkreis	R II	W III
St. Goarshausen	R II	W III
Unterlahnkreis	R II	W III
Untewesterwaldkreis	R II	W III

Reg.-Bezirk Rheinhessen

Stadtkreise		
Mainz	R IV	W IV
Worms	R IV	W IV

Landkreise		
Alzey	R IV	W IV
Bingen	R IV	W IV
Mainz	R IV	W IV
Worms	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Pfalz

Stadtkreise		
Frankenthal	R IV	W IV
Kaiserslautern	R IV	W IV
Landau	R IV	W IV
Ludwigshafen	R IV	W IV
Neustadt	R IV	W IV
Pirmasens	R IV	W IV
Speyer	R IV	W IV
Zweibrücken	R IV	W IV

Landkreise		
Bergzabern	R IV	W IV
Frankenthal	R IV	W IV
Germersheim	R IV	W IV
Kaiserlautern	R IV	W IV
Kirchheimbolanden	R IV	W IV
Kusel	R IV	W IV
Landau	R IV	W IV
Ludwigshafen	R IV	W IV
Neustadt	R IV	W IV
Pirmasens	R IV	W IV
Rockenhausen	R IV	W IV
Speyer	R IV	W IV
Zweibrücken	R IV	W IV

SAARLAND

Stadtkreis		
Saarbrücken	R IV	W IV

Landkreise		
Homburg	R IV	W IV
Merzig/Wadern	R IV	W IV
Ottweiler	R IV	W IV
Saarbrücken	R IV	W IV
Saarlouis	R IV	W IV
St. Ingbert	R IV	W IV
St. Wendel	R IV	W IV

LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Reg.-Bezirk Düsseldorf

Stadtkreise

Düsseldorf	R IV	W IV
Duisburg	R IV	W IV
Essen	R IV	W IV
Krefeld	R IV	W IV
Leverkusen	R IV	W IV
Mülheim-Ruhr	R IV	W IV
Mönchen Gladbach	R IV	W IV
Neuß	R IV	W IV
Oberhausen	R IV	W IV
Remscheid	R IV	W IV
Rheydt	R IV	W IV
Solingen	R IV	W IV
Viersen	R IV	W IV
Wuppertal	R IV	W IV

Landkreise

Dinslaken	R IV	W IV
Düsseldorf-Mettmann	R IV	W IV
Geldern	R IV	W IV
Grevenbroich	R IV	W IV
Kempen-Krefeld	R IV	W IV
Kleve	R IV	W IV
Moers	R IV	W IV
Rees	R IV	W IV
Rhein-Wupper-Kreis	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Köln

Stadtkreise

Bonn	R IV	W IV
Köln	R IV	W IV

Landkreise

Bergheim/Erft	R IV	W IV
Bonn	R IV	W IV
Euskirchen	R IV	W IV
Köln	R IV	W IV
Oberbergischer Kreis	R IV	W IV
Rhein.-Bergischer Kreis	R IV	W IV
Siegkreis	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Aachen

Stadtkreis

Aachen	R II	W IV
--------	------	------

Landkreise

Aachen	R II	W IV
Düren	R II	W IV
Erkelenz	R II	W IV
Geilenkirchen-Heinsberg	R II	W IV
Jülich	R II	W IV
Monschau	R II	W IV
Schleiden	R II	W IV

Reg.-Bezirk Münster

Stadtkreise

Bocholt	R II	W IV
Bottrop	R IV	W IV

Gelsenkirchen	R IV	W IV
Gladbeck	R IV	W IV
Münster	R II	W IV
Recklinghausen	R IV	W IV

Landkreise

Ahaus	R II	W IV
Beckum	R II	W II
Borken	R II	W IV
Coesfeld	R II	W IV
Lüdinghausen	R II	W IV
Münster	R II	W IV
Recklinghausen	R IV	W IV
Steinfurt	R II	W IV
Tecklenburg	R II	W IV
Warendorf	R II	W II

Reg.-Bezirk Detmold

Stadtkreise

Bielefeld	R II	W II
Herford	R II	W II

Landkreise

Bielefeld	R II	W II
Büren	R I	W I
Detmold	R II	W I
Halle	R II	W II
Herford	R II	W II
Höxter	R I	W I
Lemgo	R II	W I
Lübbecke	R II	W II
Minden	R II	W I
Paderborn	R I	W I
Warburg	R I	W I
Wiedenbrück	R I	W I

Reg.-Bezirk Arnsberg

Stadtkreise

Bochum	R IV	W IV
Castrop-Rauxel	R IV	W IV
Dortmund	R IV	W IV
Hagen	R IV	W IV
Hamm	R II	W II
Herne	R IV	W IV
Iserlohn	R II	W II
Lüdenscheid	R II	W II
Lünen	R IV	W IV
Siegen	R IV	W II
Wanne-Eickel	R IV	W IV
Wattenscheid	R IV	W IV
Witten	R IV	W IV

Landkreise

Altena	R II	W II
Arnsberg	R II	W II
Brilon	R I	W I
Ennepe-Ruhr-Kreis	R IV	W IV
Iserlohn	R II	W II
Lippstadt	R I	W I
Meschede	R I	W I
Olpe	R II	W II
Siegen	R IV	W II

Soest	R II	W II	Fallingbostal	R I	W III
Unna	R II	W II	Gifhorn	R I	W II
Wittgenstein	R II	W I	Harburg	R II	W II
			Lüchow-Dannenberg	R I	W II
LAND NIEDERSACHSEN			Lüneburg	R II	W II
			Soltau	R I	W II
			Uelzen	R I	W II
Reg.-Bezirk Hannover			Selbständige Städte		
Kreisfreie Städte			Lehrte	R I	W I
Hameln	R II	W I	Uelzen	R I	W II
Hannover	R II	W I			
Landkreise			Reg.-Bezirk Stade		
Grafschaft Diepholz	R I	W III	Kreisfreie Stadt		
Grafschaft Hoya	R I	W III	Cuxhaven	R II	W II
Grafschaft Schaumburg	R II	W I	Landkreise		
Hameln-Pyrmont	R II	W I	Bremervörde	R II	W III
Hannover	R II	W I	Land Hadeln	R II	W II
Neustadt a. Rbge.	R I	W I	Osterholz	R II	W III
Nienburg/Weser	R I	W III	Rotenburg/Hann.	R II	W III
Schaumburg-Lippe	R II	W I	Stade	R II	W II
Springe	R II	W I	Verden	R II	W III
Selbständige Städte			Wesermünde	R II	W III
Bad Pyrmont	R II	W I	Selbständige Städte		
Nienburg/Weser	R I	W III	Stade	R II	W II
			Verden	R II	W III
Reg.-Bezirk Hildesheim					
Kreisfreie Städte			Reg.-Bezirk Osnabrück		
Göttingen	R I	W I	Kreisfreie Stadt		
Hildesheim	R II	W I	Osnabrück	R II	W II
Landkreise			Landkreise		
Alfeld	R II	W I	Aschendorf/Hümmling	R II	W III
Duderstadt	R I	W I	Bersenbrück	R II	W III
Einbeck	R II	W I	Grafschaft Bentheim	R II	W III
Göttingen	R I	W I	Lingen	R II	W III
Hildesheim-Marienburg	R II	W I	Melle	R II	W II
Holzminde	R II	W I	Meppen	R II	W III
Münden	R I	W I	Osnabrück	R II	W II
Northeim	R II	W I	Wittlage	R II	W II
Osterode/Harz	R II	W I	Selbständige Städte		
Peine	R II	W I	Lingen	R II	W III
Zellerfeld	R II	W I	Nordhorn	R II	W III
Selbständige Städte					
Holzminde	R II	W I	Reg.-Bezirk Aurich		
Münden	R I	W I	Kreisfreie Stadt		
Northeim	R II	W I	Emden	R II	W II
Peine	R II	W I	Landkreise		
			Aurich (Ostfriesland)	R II	W II
Reg.-Bezirk Lüneburg			Leer	R II	W II
Kreisfreie Städte			Norden	R II	W II
Celle	R I	W II	Wittmund	R II	W II
Lüneburg	R II	W II	Selbständige Städte		
Wolfsburg	R I	W II	Leer	R II	W II
Landkreise			Norden	R II	W II
Burgdorf	R I	W I			
Celle	R I	W II			

Verw.-Bezirk Braunschweig

Kreisfreie Städte

Braunschweig	R II	W I
Goslar	R II	W I
Salzgitter	R II	W I

Landkreise

Blankenburg	R II	W I
Braunschweig ohne Gebietsausschluß Thedinghausen	R II	W I
Gebietsausschluß Thedinghausen	R II	W III
Gandersheim	R II	W I
Goslar	R II	W I
Helmstedt	R I	W I
Wolfenbüttel	R II	W I

Selbständige Städte

Helmstedt	R I	W I
Wolfenbüttel	R II	W I

Verw.-Bezirk Oldenburg

Kreisfreie Städte

Delmenhorst	R II	W III
Oldenburg/O.	R II	W III
Wilhelmshaven	R II	W II

Landkreise

Ammerland	R II	W II
Cloppenburg	R II	W III
Friesland	R II	W II
Oldenburg/O.	R II	W III
Vechta	R II	W III
Wesermarsch	R II	W II

Selbständige Stadt

Nordenham	R II	W II
-----------	------	------

LAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Stadtkreise

Flensburg	R II	W II
Kiel	R II	W III
Lübeck	R II	W III
Neumünster	R II	W II

Landkreise

Eckernförde	R II	W II
Eiderstedt	R II	W II
Eutin	R II	W II
Flensburg	R II	W II
Herzogtum Lauenburg	R II	W II
Husum	R II	W II
Norderdithmarschen	R II	W II
Oldenburg	R II	W II
Pinneberg	R II	W II
Plön	R II	W II
Rendsburg	R II	W II
Schleswig	R II	W II
Segeberg	R II	W II
Steinburg	R II	W II
Stormarn	R II	W II
Süderdithmarschen	R II	W II
Südtondern	R II	W II

LAND HAMBURG

R III W III

LAND BREMEN

Stadtkreise

Bremen	R III	W III
Bremerhaven	R II	W II

LAND BERLIN

(Westsektor)	R II	W II
--------------	------	------

**Verordnung zur Änderung der Verordnung
über Steuervergünstigungen zur Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen
Vom 21. Juni 1961**

Auf Grund des § 51 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe i des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 11. Oktober 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 789) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Die Verordnung über Steuervergünstigungen zur Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen in der Fassung vom 27. Januar 1953 (Bundesgesetzblatt I S. 14), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 16. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 523), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 5 werden die Jahreszahlen „1960/61“ durch die Jahreszahlen „1963/64“ ersetzt.

2. In § 1 a wird die Jahreszahl „1961“ durch die Jahreszahl „1964“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 15 des Gesetzes zur Neuordnung von Steuern vom 16. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 373) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 21. Juni 1961

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen
Etzel

Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzblatt Teil III

Bisher erschienen:

- Folge 1:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 1. Lieferung
30 Gerichtsverfassung und Berufsrecht der Rechtspflege — 300 Gerichtsverfassung — 301 Richter — 302 Entlastung der Gerichte, Rechtspfleger. (44 Seiten; Einzelbezug 1,54 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)
- Folge 2:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 2. Lieferung
31 Verfahren vor den ordentlichen Gerichten — 310 Zivilprozeß, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung — 311 Vergleich, Konkurs, Einzelgläubigeranfechtung. (206 Seiten; Einzelbezug 7,21 DM zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)
- Folge 3:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 3. Lieferung
31 Verfahren vor den ordentlichen Gerichten — 312 Strafverfahren, Strafvollzug, Strafregister — 313 Haftentschädigungen, Gnadenrecht — 314 Auslieferung und Durchführung. (112 Seiten; Einzelbezug 3,92 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)
- Folge 4:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 4. Lieferung
31 Verfahren vor den ordentlichen Gerichten — 315 Freiwillige Gerichtsbarkeit — 316 Verfahren bei Freiheitsentziehungen — 317 Verfahren in Landwirtschaftssachen — 318 Beglaubigung öffentlicher Urkunden (80 Seiten; Einzelbezug 2,80 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)
- Folge 5:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 6. Lieferung
36 Kostenrecht — 360 Gerichtskostengesetz — 361 Kostenordnung — 362 Kosten der Gerichtsvollzieher — 363 Kosten im Bereich der Justizverwaltung — 364 Gebührenbefreiungen — 365 Justizbeitragsordnung — 366 Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer bei den Gerichten — 367 Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen — 368 Gebührenordnung für Rechtsanwälte — 369 Gebühren und Auslagen von Rechtsbeiständen. (108 Seiten; Einzelbezug 3,71 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)
- Folge 6:** Sachgebiet 1 (Staats- und Verfassungsrecht) — Einzige Lieferung
10 Verfassungsrecht — 11 Staatliche Organisation — 12 Verfassungsschutz — 13 Bundesgrenzschutz (256 Seiten; Einzelbezug 8,96 DM zuzüglich 0,50 DM Versandgebühren.)
- Folge 7:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 13. Lieferung
23 Raumordnung, Bodenverteilung, Wohnungsbau-, Stedlungs- und Heimstättenwesen, Wohnraumbewirtschaftung, Kleingartenwesen, Grundstücksverkehrsrecht (außer land- und forstwirtschaftlichem Grundstücksverkehrsrecht). (196 Seiten; Einzelbezug 6,86 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 8:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 2. Lieferung
20 Allgemeine innere Verwaltung — 203 Recht der im Dienst des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts stehenden Personen — 2030 Beamte — 2031 Disziplinarrecht (164 Seiten; Einzelbezug 5,74 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 9:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 14. Lieferung
24 Vertriebene, Flüchtlinge, Evakuierte, politische Häftlinge und Vermißte. (60 Seiten; Einzelbezug 2,10 DM zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)
- Folge 10:** Sachgebiet 4 (Zivilrecht und Strafrecht) — 4. Lieferung
41 Handelsrecht — 410 Allgemeines Handelsrecht. (128 Seiten; Einzelbezug 4,48 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 11:** Sachgebiet 4 (Zivilrecht und Strafrecht) — 9. Lieferung
42 Gewerblicher Rechtsschutz — 420 Patentrecht — 421 Gebrauchsmusterrecht — 422 Recht der Arbeitnehmererfindungen — 423 Warenzeichenrecht — 424 Gemeinsame Rechtsvorschriften — 43 Vorschriften gegen den unlauteren Wettbewerb — 44 Urheberrecht — 440 Urheberrechtliche Vorschriften — 441 Verlagsrecht — 442 Geschmacksmusterrecht — Anhang 01-42, 01-43, 01-44 Mehrseitige Verträge. (220 Seiten; Einzelbezug 7,70 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 12:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 1. Lieferung
20 Allgemeine innere Verwaltung — 200 Behördenaufbau — 201 Verwaltungsverfahren und -zwangsverfahren — 202 Verwaltungsgebühren. (20 Seiten; Einzelbezug 0,70 DM zuzüglich 0,20 DM Versandgebühren.)
- Folge 13:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 5. Lieferung
21 Besondere Verwaltungszweige der inneren Verwaltung — 210 Paß-, Ausweis- und Meldewesen — 211 Personenstandswesen. (40 Seiten; Einzelbezug 1,40 DM zuzüglich 0,20 DM Versandgebühren.)
- Folge 14:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 7. Lieferung
21 Besondere Verwaltungszweige der inneren Verwaltung — 212 Gesundheitswesen — 2122 Ärzte und sonstige Heilberufe — 2123 Zahnärzte und Dentisten — 2124 Hebammen und Heilhilfsberufe. (112 Seiten; Einzelbezug 3,92 DM zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)
- Folge 15:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 5. Lieferung
32—35 Gerichte für besondere Sachgebiete. (80 Seiten; Einzelbezug 2,80 DM zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)
- Folge 16:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 10. Lieferung
21 Besondere Verwaltungszweige der inneren Verwaltung — 213 Bauwesen — 214 Sachleistungsrecht, Enteignungsrecht — 215 Ziviler Bevölkerungsschutz. (68 Seiten; Einzelbezug 2,38 DM zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)
- Folge 17:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 6. Lieferung
21 Besondere Verwaltungszweige der inneren Verwaltung — 212 Gesundheitswesen — 2120 Organisation des Gesundheitswesens — 2121 Apotheken- und Arzneimittelwesen, Gifte. (160 Seiten; Einzelbezug 5,60 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 18:** Sachgebiet 4 (Zivilrecht und Strafrecht) — 10. Lieferung
45 Strafrecht — 450 Strafgesetzbuch und zugehörige Gesetze — 451 Jugendgerichtsgesetz — 452 Wehrstrafrecht — 453 Einzelne strafrechtliche Nebengesetze — 454 Recht der Ordnungswidrigkeiten. (120 Seiten; Einzelbezug 4,20 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 19:** Sachgebiet 4 (Zivilrecht und Strafrecht) — 5. Lieferung
41 Handelsrecht — 411 Börsenrecht — 4110 Börsenvorschriften — 4111 Zulassung zum Börsenhandel — 4112 Feststellung des Börsenpreises — 4113 Abwicklung von Börsengeschäften — 4114 Zulassung zum Börsenterminhandel — 4115 Einzelzulassungen zum Börsenterminhandel. (40 Seiten; Einzelbezug 1,40 DM zuzüglich 0,20 DM Versandgebühren.)
- Folge 20:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 8. Lieferung
21 Besondere Verwaltungszweige der inneren Verwaltung — 212 Gesundheitswesen — 2125 Lebens- und Genußmittel, Bedarfsgegenstände (148 Seiten; Einzelbezug 5,18 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 21:** Sachgebiet 9 (Post- und Fernmeldewesen, Verkehrswesen, Bundeswasserstraßen) — 12. Lieferung
95 Schifffahrt — 951 Seeschifffahrt — 9510 Verwaltung und allgemeine Ordnung der Seeschifffahrt — 9511 Verkehrsordnung. (164 Seiten; Einzelbezug 5,74 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 22:** Sachgebiet 9 (Post- und Fernmeldewesen, Verkehrswesen, Bundeswasserstraßen) — 13. Lieferung
95 Schifffahrt — 951 Seeschifffahrt — 9512 Schiffsicherheit. (236 Seiten; Einzelbezug 8,26 DM zuzüglich 0,60 DM Versandgebühren.)
- Folge 23:** Sachgebiet 9 (Post- und Fernmeldewesen, Verkehrswesen, Bundeswasserstraßen) — 14. Lieferung
95 Schifffahrt — 9513 Schiffsbesatzung — 9514 Flaggenrecht — 9515 Seelotswesen — 9516 Strandung — 9517 Schiffsvermessung — 9518 Beförderung von Frachtstücken — 9519 Nord-Ostsee-Kanal. (190 Seiten; Einzelbezug 6,72 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)

Bestellungen sind zu richten an:

Sammlung des Bundesrechts
Bundesgesetzblatt Teil III, Köln 1, Postfach

Die Sammlung kann im Abonnement nur für alle Sachgebiete bezogen werden. Der Preis beträgt 5 Pf pro geliefertes Blatt im Format DIN A 4 einschl. Umschlag und Versandkosten. Eine Abonnementsbestellung bei der Post ist nicht möglich. Rechnungserteilung erfolgt postnumerando durch den Verlag nach dem Umfang der gelieferten Hefte.

Hefte einzelner Sachgebiete können bezogen werden zum Preise von 7 Pf pro Blatt einschl. Umschlag zuzüglich Versandkosten gegen Voreinsendung des entsprechenden Betrages auf Postcheckkonto Köln 1128 „Sammlung des Bundesrechts Bundesgesetzblatt Teil III“ oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung.